

DGB

Deutscher
Gewerkschaftsbund

Positionspapier

DGB-Strategie: Starke Wirtschaft, starker Sozialstaat

Jetzt handeln – für ein erfolgreiches,
nachhaltiges und soziales Deutschland!

Stark in Arbeit.

Kurzfassung

So populär es augenblicklich auch sein mag, Deutschland in die Krise zu reden, so klar ist auch: Wir reden von einem reichen Land! Einem Land, in dem sehr viel Geld vorhanden ist, um notwendige Investitionen in eine gute Zukunft der hier lebenden Menschen und der hier arbeitenden Betriebe und Unternehmen zu ermöglichen. Wir reden von einem Land, in dem unter dem Dogma der schwarzen Null über Jahrzehnte versäumt wurde, Zukunft zu gestalten. Das gilt nicht nur für „die Politik“ von Regierungen unterschiedlichster Couleur, das gilt auch für viele Unternehmensführungen und Wirtschaftsverbände. Und wir reden von einem Land, in dem genug Geld für einen starken Sozialstaat *und* einen aktiven, investitionsfreundlichen Staat vorhanden ist.

Heute steht Deutschland vor einer Richtungsentscheidung. Neoliberale Stimmen aus Politik und Lobbyverbänden trommeln für staatliche Sozial- und Ausgabenkürzungen. Sie wollen Unternehmenssteuern senken, deregulieren und Lohnsteigerungen verhindern. Das sind Rezepte aus der Vergangenheit, die bewiesen haben, dass sie nicht zu einer guten Entwicklung unserer Wirtschaft und Gesellschaft beitragen. Wer solche Ideen umsetzen will, drückt uns weiter in die Krise, untergräbt den Sozialstaat und verspielt den Zusammenhalt und die Zukunft unseres Landes.

Um Wirtschaft und Gesellschaft hierzulande zukunftsfähig zu machen, muss ein anderer Weg eingeschlagen werden: Es braucht eine höhere Besteuerung derjenigen in diesem Land, denen das nicht weh tut. Es geht um die Vermeidung von Steuergeschenken an Unternehmen ohne verbindliche Bedingungen zur Sicherung und Stärkung von Standorten, Beschäftigung und Tarifbindung. Um gute Arbeitsplätze zu sichern und anstehende Herausforderungen zu meistern, muss die Politik mit voller Kraft in Richtung Wohlstand, Nachhaltigkeit, Sicherheit und Gerechtigkeit steuern. Deutschland ist eines der reichsten Länder der Welt. Es kann und muss sich bessere Bedingungen für alle Bürger*innen leisten.

- Statt dem Staat eine Magerkur zu verpassen, muss die Konjunktur aktiv stabilisiert werden. Mehr Staatsausgaben und eine Stärkung der Kaufkraft bei Haushalten mit kleinen und mittleren Einkommen schaffen Aufträge an Unternehmen und nachhaltiges Wirtschaftswachstum.
- Öffentliche Ausgaben und Investitionen in Bildung (einschließlich verlässliche Kinderbetreuung), Verkehr, Sicherheit, Digitalisierung, Klimaschutz und eine konsequente Gleichstellung der Geschlechter schaffen auch langfristig gute Bedingungen für eine moderne Wirtschaft mit guten Arbeitsplätzen.
- Verschiedene Wirtschaftsbereiche müssen gezielt gestärkt und modernisiert sowie klimagerechte Zukunftsinvestitionen gefördert werden. Die Politik muss sich dabei klar zum Industriestandort bekennen und jetzt die richtigen Weichen stellen, um eine Deindustrialisierung zu vermeiden. Es braucht staatlich garantierte, bezahlbare und wettbewerbsfähige Energiepreise und steuerpolitische Förderinstrumente, die Unternehmen mit modernen, ökologischen Konzepten und guten, tarifvertraglich geregelten Arbeitsbedingungen unterstützen, ohne dass dies zu staatlichen Mindereinnahmen führt und der Staat an anderer Stelle Ausgaben kürzt.
- Statt zu deregulieren und wichtige Standards für das ökologische und soziale Funktionieren der Marktwirtschaft abzubauen, müssen Digitalisierung und mehr Personal in Behörden dafür sorgen, dass Unternehmen und Bürger*innen die notwendigen Regeln leichter befolgen können. Verfahren müssen beschleunigt und Ausgaben und Investitionen schneller auf den Weg gebracht werden.
- Statt über Arbeitskosten oder Sozialabgaben zu klagen, müssen die Arbeitgeber die Arbeitsbedingungen verbessern. Wenn zusätzlich die Vereinbarkeit von Familie und Beruf endlich verbessert wird, werden auch in Branchen mit hoher Fachkräftenachfrage wieder mehr Menschen arbeiten können und wollen.

- Die soziale Sicherung ist ein von Beschäftigten und Gewerkschaften erkämpfter zivilisatorischer Fortschritt. Sie schafft Sicherheit im Wandel und stiftet sozialen Zusammenhalt. Ein Knausern beim Sozialstaat verbietet sich. In einem reichen Land wie Deutschland darf kein Platz für Einkommens- und Kinderarmut sein. Alle Menschen haben Anspruch auf ein auskömmliches Leben im Alter, auf Absicherung bei Arbeitslosigkeit und Bedürftigkeit sowie eine gute Versorgung bei Krankheit oder Pflegebedürftigkeit. Der Sozialstaat muss gestärkt und darf nicht abgebaut werden. Das bekämpft Unsicherheit und schafft Vertrauen in staatliches Handeln.
- Vertrauen in Politik und Demokratie wird auch gestärkt, wenn öffentliche Dienstleistungen wieder verlässlicher und die Lebensbedingungen vor Ort besser werden. Statt Sparzwang und Privatisierungsdruck braucht Deutschland Investitionen in guten Nahverkehr, bezahlbaren Wohnraum, Sicherheit, gute Bildung sowie Sport-, Jugend- und Freizeitangebote in Städten und Gemeinden.

Die *DGB-Strategie: Starke Wirtschaft, starker Sozialstaat* zeigt, wie die Weichenstellungen in Richtung einer guten Zukunft für alle konkret gelingen können. Sie zeigt auch, dass ein solches Programm im hoch entwickelten Industrie-, Dienstleistungs- und Wissenschaftsland Deutschland natürlich finanzierbar ist: Durch ein gerechteres Steuersystem, das die Mehrheit entlastet, aber starke Schultern in die Pflicht nimmt und durch öffentliche Kredite, die auch nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Klima- und Transformationsfonds möglich, sinnvoll und notwendig sind – etwa für die Finanzierung von Zukunftsinvestitionen. Dafür ist eine investitionsförderliche Reform der Schuldenbremse elementar.

Der Weg in eine erfolgreiche, gerechte und umweltfreundliche Zukunft Deutschlands steht offen. Es ist nur eine Frage des politischen Willens, ob dieser Weg eingeschlagen wird.

1.) Zukunft ist bezahlbar

Viele Maßnahmen zur Stärkung von Gemeinwesen und Infrastruktur, für eine sozial gerecht gestaltete Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft hin zu Klimaneutralität und zur Förderung staatlicher und unternehmerischer Zukunftsinvestitionen machen zusätzliche Staatsausgaben notwendig. Das sind Staatsausgaben bei Bund, Ländern und Kommunen, die sich doppelt und dreifach lohnen: Eine gute Daseinsvorsorge und moderne Verwaltungen stärken Vertrauen in demokratische Prozesse. Ausgaben für eine aktive Wirtschafts- und Strukturpolitik sichern Wertschöpfung und gute Arbeitsplätze und vermeiden so die Kosten, die harte Strukturbrüche und Arbeitslosigkeit verursachen würden. Nachhaltige Wirtschaftskraft und Wachstum schaffen neue Steuereinnahmen und öffentliches Vermögen. Ein Euro an öffentlichen Investitionen mobilisiert weitere 1,50 Euro an privaten Investitionen. Von einer Verbesserung der Infrastruktur, der Steigerung von Bildungsausgaben und der Förderung transformationsdienlicher Investitionen, sind positive Effekte auf die Produktivitätsentwicklung und das Wachstumspotenzial der deutschen Volkswirtschaft zu erwarten. Solche öffentlichen Ausgaben finanzieren sich also mittelfristig zu einem gehörigen Teil selbst.

Um allerdings zu verhindern, dass wichtige Zukunftsaufgaben auf Kosten anderer wichtiger öffentlicher Aufgaben gehen, ist es unabdingbar, zusätzlich verschiedene Maßnahmen zu ergreifen, um zusätzliche Finanzmittel zu generieren:

1.1.) Ein gerechteres Steuersystem ist nötig!

Auch wenn der enorme Umfang der notwendigen öffentlichen Investitionen angesichts von Nachholbedarf und neuen Herausforderungen nicht allein durch Steuereinnahmen finanzierbar sein dürfte, würde eine stärkere Besteuerung jener, die es sich leisten können, die Möglichkeiten erheblich erweitern. Insbesondere kann eine Stärkung der staatlichen Einnahmehasis not-

wendige zusätzliche laufende Ausgaben – etwa für Personal im Öffentlichen Dienst – finanzieren.

- a) Der DGB hat ein Konzept vorgelegt, das ganz konkret aufzeigt, wie Steuergerechtigkeit geht: Durch einen veränderten Einkommensteuertarif würden rund 95 Prozent aller Haushalte entlastet. Gleichzeitig würden die Einführung einer Vermögensteuer auf Millionenvermögen, eine effektive Finanztransaktionsteuer, eine gerechtere Erbschaftssteuer, die die unfaire Begünstigung der Erben großer Unternehmen beseitigt und andere Reformen dazu beitragen, dass zusätzliche Steuereinnahmen von rund 60 Milliarden Euro jährlich möglich wären.¹
- b) In vielen Bereichen der Daseinsvorsorge liegt die Verantwortung bei den Kommunen. Deshalb müssen diese auf ein solides finanzielles Fundament gestellt werden. Die Verteilung der eingenommenen Steuermittel zwischen den Ebenen spielt dabei eine zentrale Rolle.

1.2.) Grundlegende Reform der Schuldenbremse

Öffentliche Investitionen sollten sinnvollerweise über Kredite finanziert werden. Schließlich sind die Bedarfe so groß, dass sie aus laufenden Einnahmen oder durch Einsparungen an anderer Stelle nicht zu stemmen sind. Ökonomisch macht es Sinn, die Finanzierung von Investitionen, die einen langfristigen Nutzen haben, durch Kreditaufnahme über mehrere Generationen gerecht zu verteilen. Auch künftige Generationen profitieren schließlich davon. Zudem sind viele Anleger*innen auch gerne bereit, der Regierung Geld zu leihen und in sichere, deutsche Staatsanleihen zu investieren. Doch während eine Privatperson einen Hauskauf für gewöhnlich mittels Immobilienkredit finanziert und auch unternehmerische Investitionen in der Regel über Fremdkapital gestemmt werden, hat der Staat sich dieser Möglichkeiten durch die Einführung der Schuldenbremse weitgehend selbst beraubt.

Der DGB kritisiert die Schuldenbremse im Grundgesetz seit ihrer Einführung. Sie ist eine Investitionsbremse und angesichts des notwendigen digitalen und klima-

¹ [Das DGB-Steuerkonzept: Beschäftigte und Familien entlasten | DGB](#)

neutralen Umbaus von Wirtschaft und Gesellschaft ohnehin nicht zeitgemäß. Es wäre nötig, öffentliche Investitionen durch eine „goldene Investitionsregel“ von der Schuldenbremse auszunehmen. Zusätzlich müssen weitere Maßnahmen, die die restriktive Ausrichtung der Schuldenbremse beheben diskutiert werden.²

1.3.) Ein Sondervermögen im Grundgesetz

Angesichts der Notwendigkeit eines sehr umfangreichen und im Sinne von Planungssicherheit langfristig angelegten Investitionsprogramms sollte zeitnah eine Zweidrittelmehrheit mobilisiert werden, um ein bedarfsgerechtes „Sondervermögen Transformation und Infrastruktur“ im Grundgesetz zu verankern, das nicht unter die Schuldenbremse fällt. Dabei sollten Investitionsfelder sowie Zeithorizonte klar definiert, die Bedarfe von Ländern und Kommunen berücksichtigt und ein entsprechendes Kontroll- und Steuerungsgremium eingesetzt werden.

1.4.) Einfache Reformen und Spielräume der Schuldenbremse

Eine grundlegende Reform der Schuldenbremse samt Einführung einer goldenen Investitionsregel ist unverzichtbar. Kurzfristig dürfen das Grundgesetz oder eine vorübergehend fehlende Zweidrittelmehrheit aber kein Vorwand sein, nichts zu tun. Die Bundesregierung könnte allein mit ihrer Bundestagsmehrheit die Schuldenbremse erneut krisenbedingt aussetzen. Bis zur Umsetzung einer weitgehenden Schuldenbremsenreform hat die Bundesregierung zudem unmittelbar erhebliche Spielräume, zusätzliche kreditfinanzierte Investitionen auf den Weg zu bringen.

a) Die Erfinder der Schuldenbremse wollten, dass auch künftig bei schlechter Wirtschaftslage mit öffentlichen Krediten gegengesteuert werden kann, um die Konjunktur zu stabilisieren. Die Schuldenregeln betrachten deshalb, welches Wirtschaftswachstum in der jeweiligen Konjunkturlage theoretisch möglich wäre. Je tiefer eine Krise, desto größer ist der

Abstand des tatsächlichen Wachstums zum potenziell möglichen Wirtschaftswachstum und desto größer ist das erlaubte Gegensteuern. Leider wird das potenziell mögliche Wirtschaftswachstum derzeit oft falsch berechnet. Ganz ohne die Opposition könnte die Ampel-Koalition eine deutliche Korrektur der Berechnungsmethoden und eine bessere Schätzung des Potenzial-BIP durchsetzen, um eine antizyklische Fiskalpolitik im notwendigen Umfang möglich zu machen und so eine zusätzliche Nettokreditaufnahme von rund 30 Milliarden Euro für den Bundeshaushalt 2025 ermöglichen.³

b) Zudem haben Bund und Länder die Möglichkeit, öffentliche Unternehmen als Investitionshebel zu nutzen. So ist die Erhöhung der Eigenkapitalbasis öffentlicher Unternehmen, wie der Deutschen Bahn oder der KfW, die eine Kreditemächtigung besitzen, kreditfinanziert möglich. Andere, wie die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) und Landeswohnungsbaugesellschaften, sollten ebenfalls mit einer Kreditemächtigung versehen werden. Bei der Erhöhung der Eigenkapitalbasis handelt es sich um finanzielle Transaktionen, die nicht unter die deutsche Schuldenbremse fallen. Im Koalitionsvertrag haben die Ampel-Parteien vereinbart: „Für große transformative Aufgaben dieses Koalitionsvertrages nutzen wir auch finanzielle Transaktionen.“⁴ Bei der Umsetzung muss beachtet werden, dass finanzielle Transaktionen bei den Schuldenregeln auf EU-Ebene und in den Bundesländern unterschiedlich angerechnet werden.

1.5.) Soziale Sicherheit gerecht finanzieren

Untersuchungen der OECD zeigen, dass die Sozialausgaben in Deutschland seit 2002 deutlich geringer gewachsen sind als in anderen Industrienationen. Gleichzeitig können viel zu viele Beschäftigte nicht von ihrer Arbeit leben und sind auf die Aufstockung mit staatlicher Unterstützung angewiesen. Mehr Tarifbindung und weniger prekäre Beschäftigung in so genannten Minijobs, Leiharbeit und schlecht abgesicherter

² [DGB-Position zur Reform der Schuldenbremse \(2024\)](#).

³ [Finanzierung öffentlicher Zukunftsinvestitionen nach dem Haushaltsurteil des Bundesverfassungsgerichts \(boell.de\)](#): Seite 24 ff.

⁴ [Mehr Fortschritt wagen – Bündnis für Freiheit, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit \(spd.de\)](#): S. 127

Solo-Selbstständigkeit würden nicht nur steigende Netto-Einkommen für die Beschäftigten bringen, sondern – über weniger Aufstockung und zusätzliche Beitragseinnahmen – auch Milliarden von Euro, die den Sozialversicherungen jedes Jahr fehlen. Außerdem dürfen Beitragssätze auch künftig nicht gedeckelt werden – das würde nur die Arbeitgeber und Eigentümer der Unternehmen entlasten. Grundsätzlich müssen die Systeme der sozialen Sicherung mit einem klugen Mix aus Beiträgen und aus Steuermitteln gerechter finanziert werden. Die Zweckentfremdung von Beitragsmitteln aus rein fiskalischen Gründen muss ausgeschlossen bleiben. Für gute Finanzierung braucht es viele, starke Schultern. Die Menschen mit sehr hohen Einkommen tragen in Deutschland zu wenig zur Finanzierung des Sozialstaats bei. Selbstständige und Abgeordnete sollten sich künftig ebenfalls an der solidarischen Finanzierung der gesetzlichen Rentenversicherung beteiligen. Im Gesundheitssystem müssen übermäßige Renditen zu Lasten der Beitragszahler*innen der Sozialversicherungen verhindert werden.

Mehr Steuereinnahmen, zusätzliche öffentliche Kreditaufnahme und eine Stärkung der Sozialkassen sind also möglich. Und sie sind unabdingbar, um die Maßnahmen zu stemmen, die für eine zukunftsfähige Wirtschaft und Gesellschaft notwendig sind: Für eine aktive Fiskalpolitik, Zukunftsinvestitionen in Infrastruktur und Daseinsvorsorge und eine Stärkung der Wirtschaft sowie des Sozialstaates.

Die Stärkung der Staatseinnahmen und die notwendigen zusätzlichen Ausgaben müssen stets zusammengedacht werden. Keinesfalls dürfen Priorisierungen vorgenommen werden, bei denen zusätzliche Ausgaben an einer Stelle, Kürzungen bei anderen notwendigen Maßnahmen auslösen.

2.) Konjunktur jetzt stützen

Die deutsche Wirtschaft hangelt sich von Krise zu Krise: Nach Corona-Lockdown und unterbrochenen Lieferketten kam der Krieg in der Ukraine mit seinen Auswirkungen auf die Energieversorgung und die Inflation. Aktuell

finden sich manche Branchen in existenziellen Krisen, während andere boomen wie selten. Insgesamt droht die längst fällige Erholung der Wirtschaft allerdings durch die flauere Weltkonjunktur, aber auch durch falsche wirtschaftspolitische Entscheidungen im Inland erneut ausgebremst zu werden. Eine zu langsame wirtschaftliche Erholung kann auch zu wegfallenden Strukturen, zu einem Verlust an Wissen und qualifizierten Arbeitsplätzen führen. Im Bausektor konnte beispielsweise erst in den vergangenen Jahren ein Teil der Beschäftigung wieder aufgebaut werden, die zuvor aufgrund jahrelanger Flaute weggebrochen war. Die Zahlen zeigen: In Deutschland und Europa produzieren manche Unternehmen viel weniger als eigentlich möglich wäre, während die USA mit ihrer Politik schon längst wieder auf Vorkrisenniveau sind. Zur Stützung der Konjunktur muss deshalb auch hierzulande umgesteuert werden.

2.1.) Die Finanz- und Haushaltspolitik der Bundesregierung darf die Wirtschaft nicht bremsen.

Ein öffentlicher Sparkurs entzieht den Unternehmen direkt Nachfrage, erhöht die Unsicherheit, nimmt Planungssicherheit und gefährdet so die wirtschaftliche Erholung und perspektivisch Arbeitsplätze. Die restriktive Reaktion der Bundesregierung auf das Bundesverfassungsgerichtsurteil zum Klima- und Transformationsfonds war überhastet. Ein Kürzungskurs ist keineswegs notwendig, aber schädlich und nicht nachhaltig. Schon beim Bundeshaushalt 2025 sind weitere Finanzierungslücken absehbar, was die Unsicherheit nochmals steigert. Wirtschafts- und gesellschaftspolitisch problematische Haushaltskürzungen dürfen sich hier nicht wiederholen. Umso wichtiger ist eine investitionsförderliche Reform der Schuldenbremse, allen voran durch die Einführung einer goldenen Regel.

2.2.) Die Binnennachfrage muss stabilisiert werden.

Dazu braucht es eine Stärkung der Massenkaufkraft, die inflationsbedingt trotz politischer Unterstützungsmaßnahmen in den letzten Jahren stark gelitten hat. Das heißt: Ein höherer Mindestlohn und weiter steigende Tariflöhne sind nicht nur eine Frage der Gerechtigkeit, sondern auch wirtschaftlich geboten. Die Politik muss gute Tariflöhne stärken, indem sie öffentliche Aufträge und Fördergelder nur noch an Unternehmen gibt, die

nach Tarif zahlen und weitere Maßnahmen zur Förderung der Tarifbindung ergreift.

2.3.) Die restriktive Geldpolitik muss korrigiert werden.

Angesichts schnell sinkender Inflationsraten und des Ausbleibens gegenläufiger Effekte muss die Europäische Zentralbank einen expansiveren Kurs einschlagen. Die Auswirkungen von hohen Zinsen und restriktiver Politik erreichen die reale Wirtschaft verzögert. Es gilt jetzt mit niedrigeren Zinsen Investitionen am Bau und anderswo anzuregen, um so eine andauernde öffentliche und private Investitionsschwäche zu verhindern.

3.) Wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Wandel gerecht gestalten

Um den Klimawandel zu bekämpfen und unsere Lebensbedingungen zu erhalten, braucht es eine umweltgerechtere Wirtschaft und Gesellschaft, möglichst ohne den Ausstoß von CO₂ und Treibhausgasen in die Atmosphäre. Bei den notwendigen Veränderungsprozessen gilt es, bisherige Stärken der Unternehmen und ihrer Beschäftigten zu erhalten, zu nutzen und weiterzuentwickeln, um so auch in Zukunft erfolgreich zu sein.

3.1.) Die Rahmenbedingungen müssen stimmen.

Eine moderne Wirtschaft und eine zukunftsfähige Gesellschaft brauchen moderne Infrastruktur und gut ausgebildete Fachkräfte. Das sind maßgebliche Standortfaktoren für wirtschaftliche Aktivitäten und Produktivitätsentwicklung. In Deutschland hat der Staat im Verhältnis zu seiner Wirtschaftsleistung in den vergangenen Jahren deutlich weniger investiert als in den europäischen Nachbarländern. Oft waren die gesamtstaatlichen Investitionen geringer als die Abschreibungen – es wurde also noch nicht einmal genug für Erhalt

bestehender Anlagen und Gebäude getan, geschweige denn für eine Modernisierung und Erneuerung. Das ist ein Grund für das marode Schienennetz, die Rekordzahl an kaputten Brücken, die schlaglochübersäten Straßen und die langsame Digitalisierung. Private und öffentliche Arbeitgeber beklagen zudem, dass ihnen neben einer gut ausgebauten Infrastruktur auch die notwendigen Fachkräfte fehlen, um sich zukunftsfähig aufzustellen. Vielerorts wird die Gewinnung von Fachkräften durch steigende Mieten und Mangel an bezahlbaren Wohnraum erheblich erschwert, da sich Beschäftigte an bestimmten Standorten nicht mehr niederlassen können und lange Pendelwege in Kauf nehmen müssen.

Die Lösung für diese Probleme liegt auf der Hand: Es braucht ein groß angelegtes Zukunftsinvestitionsprogramm, eine Stärkung von Bildung und Forschung sowie Maßnahmen, den Fachkräftebedarf zu sichern und dabei die Belange der Beschäftigten, z. B. durch höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen, berücksichtigen.

a) Die Fachkräftenachfrage in bestimmten Branchen und Berufen muss gezielt angegangen werden. Das erfordert eine erheblich bessere Nutzung der Aus- und Weiterbildungsförderung und deutlich mehr Aus- und Weiterbildung durch die Unternehmen. Inländische Arbeitskräftepotenziale müssen gehoben werden – auch durch die Beseitigung von Hürden in den Arbeitsmarkt. Es braucht eine faire und weniger bürokratische Fachkräfteeinwanderung und attraktivere Bedingungen in Engpassberufen, um die Rückkehr von Berufsaussteiger*innen in diese Berufe zu fördern. Insgesamt muss der Mismatch auf dem Arbeitsmarkt verringert werden. Arbeits- und Ausbildungsbedingungen müssen besser werden und Unternehmen müssen ihre Anforderungen an die Gegebenheiten anpassen, um Beschäftigte aus dem In- und Ausland zu gewinnen und zu binden. Tarifverträge und Mitbestimmung sind hierfür die wesentlichen Instrumente, die gestärkt werden müssen. Die Erwerbsbeteiligung von Frauen muss gestärkt werden, u. a. durch qualitativ hochwertige und bedarfsgerechte Angebote für die Betreuung von Kindern und Pflegebedürftigen, bessere Rahmenbedingungen für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie, Anreize für die Umverteilung von Sorgearbeit zwischen den Geschlechtern und den Verzicht auf Fehlanreize, wie z. B. das Ehegat-

tenssplitting oder Minijobs. Hinsichtlich der Erwerbsbeteiligung Älterer muss daran gearbeitet werden, den Verbleib im Erwerbsleben bis zur Regelaltersgrenze durch alternsgerechte Arbeitsbedingungen auch tatsächlich zu ermöglichen, die Diskriminierung durch Ausgrenzung älterer Arbeitsloser aus dem Arbeitsmarkt zu beenden und die Weiterbildungsbeteiligung Älterer zu fördern. Zudem sind weitere Maßnahmen nötig, um bei zugewanderten Menschen vorhandene Barrieren zum Eintritt in den Arbeitsmarkt und in qualifikationsgerechte Arbeit zu beseitigen.⁵

- b) Ein groß angelegtes Investitionsprogramm sollte gezielte Maßnahmen zur Förderung unternehmerischer Investitionen und eine Modernisierung der öffentlichen Infrastruktur und somit eine Verbesserung der Standortqualität umfassen. Allein für die Sanierung und den Ausbau des ÖPNV und des Schienennetzes sind in den 20er Jahren viele Milliarden Euro zusätzlich erforderlich. Hinzu kommen Investitionen in energetische Gebäudesanierung, die digitale Infrastruktur, den Erhalt von Straßen und Brücken sowie in Krankenhäuser, Pflege- und Bildungseinrichtungen. Mit den veränderten Produktionsprozessen und Produkten entstehen auch ganz neue Herausforderungen an die öffentliche Infrastruktur. Schon 2022 gingen Expert*innen davon aus, dass über zehn Jahre insgesamt öffentliche Zusatzausgaben in Höhe von 600 Milliarden bis 800 Milliarden Euro nötig wären, um die Dekarbonisierung zu bewältigen und die wirtschaftliche und gesellschaftliche Zukunftsfähigkeit Deutschlands zu fördern.⁶ Pro Jahr wären also Ausgaben in Höhe von 1,5 bis 2 Prozent der Wirtschaftsleistung zusätzlich nötig.

3.2.) Gutes, soziales und ökologisches Wirtschaften muss erleichtert und gefördert werden.

Ein Teil der zusätzlichen öffentlichen Mittel muss gezielt Unternehmen unterstützen. Denn die Umstellung auf klimafreundliche Produktionsverfahren ist mit erheblichen Mehrkosten und schwer kalkulierbaren Preisrisiken verbunden. Viele dieser Investitionen sind zwar

langfristig unverzichtbar, rechnen sich aus betriebswirtschaftlicher Perspektive im aktuellen Marktumfeld aber nicht und sind noch nicht wettbewerbsfähig gegenüber konventionellen Produktionsverfahren. Viele Unternehmen hierzulande klagen zudem über langwierige Genehmigungsverfahren und bremsende Regulierung. Die USA und China haben den Wachstumsschub nach der Energiepreiskrise maßgeblich durch eine öffentliche Investitionsförderung grüner Wachstumsmärkte, wie z. B. erneuerbare Energien, Wasserstoff oder Elektromobilität erreicht. Deutschland und Europa dürfen den Anschluss nicht verlieren. Deshalb sollten Bund, Länder und Kommunen folgende Punkte auf den Weg bringen:

- a) Um die „grüne Investitionslücke“ zu schließen und private Investitionen zu beschleunigen, braucht es gezielte staatliche Anschubfinanzierung. Die bisherigen Förderinstrumente in Deutschland und der EU sind häufig kompliziert in der Beantragung und stärker auf F&E Aktivitäten als auf den Einsatz grüner Technologien im industriellen Maßstab ausgerichtet. In den USA werden mit dem Inflation Reduction Act (IRA) Fördergelder dagegen auf Basis einer klar definierten Anspruchsgrundlage schnell ausbezahlt. Um auch hierzulande zielgerichteter und effektiver private Investitionen anzureizen, müssen Instrumente, wie z. B. die Klimaschutzverträge massiv aufgestockt und verstetigt werden. Superabschreibungen in klar definierte transformationsdienliche Investitionen müssen endlich kommen. Förderprogramme müssen dabei verlässlich Investitionsanreize bis zur Marktdurchdringung der jeweiligen Produktionsart setzen. Vor diesem Hintergrund muss der Klima- und Transformationsfonds über 2024 hinaus finanziell auf solide Füße gestellt werden und mit entsprechenden Eigenmitteln ausgestattet werden. Die Zuweisungen aus dem europäischen und nationalen Zertifikatehandel reichen allein nicht aus und sind zudem den Schwankungen des CO₂-Handelspreises unterworfen. Pauschale Steuerentlastung profitabler Unternehmen zulasten der Allgemeinheit sind hingegen unwirksam und abzulehnen. Vielmehr muss eine angemessene Besteuerung in Deutschland erzielter Gewinne auch bei internationalen Konzernen insbesondere der Digitalwirtschaft durchgesetzt werden.

⁵ [DGB-Position Fachkräftedebatte 12/2023](#)

⁶ [Die Corona-Krise und die sozial-ökologische Transformation: Herausforderungen für die Finanzpolitik \(wsi.de\)](#)

- b) Zielgerichtete öffentliche Fördergelder müssen im Sinne des Gemeinwohls eingesetzt und an eine soziale Konditionierung gebunden werden. Für den DGB bedeutet das, öffentliche Zuwendungen auch an Tariftreue sowie an Standortgarantien, Beschäftigungssicherung und angemessene Aktivitäten zur Aus- und Weiterbildung als Zugangsvoraussetzungen zu knüpfen. Tarifvertraglich abgesicherte und mitbestimmte Arbeitsplätze tragen dazu bei, dass breite Bevölkerungsschichten an der wirtschaftlichen Entwicklung beteiligt werden und an der Gestaltung des Wandels teilhaben können. Gute Arbeit trägt zu einem sozial gerechten Wandel bei und setzt Abstiegsängsten etwas entgegen. Der US-amerikanische IRA knüpft Fördergelder bereits an Bedingungen im Interesse der Beschäftigten (angemessene Entlohnung, Schaffung von „union jobs“, Ausbildungsengagement etc.). Er zeigt beispielhaft, wie es gelingen kann, Energie-, Industrie- und Beschäftigungspolitik durch gezielte staatliche Förderung zusammenzudenken.
- c) Planungsverfahren und Antragsprozesse sollten beschleunigt werden, ohne wichtige Regeln – etwa zum Schutz von Beschäftigten oder der Umwelt – abzubauen. Wo möglich, sollten Antragsprozesse erleichtert werden, beispielsweise indem Unterlagen klar und verständlich formuliert sind und nicht mehrfach ausgefüllt werden müssen und indem Verfahrenseffizienzen bei Doppel- und Mehrfachprüfungen reduziert werden. Vor allem gilt es, Verwaltungen so auszustatten, dass es Unternehmen und Bürger*innen gut möglich ist, sich an die notwendigen Regeln zu halten und die in der Lage sind, Verfahren zügig zu bearbeiten und abzuschließen. Dazu braucht es eine Modernisierung und Digitalisierung der zuständigen Behörden, aber insbesondere auch mehr Personal mit guten Löhnen und Arbeitsbedingungen. Zwischen 1991 und 2022 ist das Personal des öffentlichen Dienstes um 23 Prozent von 6,7 Millionen auf 5,2 Millionen Beschäftigte gesunken. Hinzu kommt, dass mehr als ein Viertel der Beschäftigten älter als 55 Jahre sind und in den nächsten 10 Jahren in den Ruhestand gehen werden, was die Personalsituation weiter verschärft.

3.3.) Ein Wegbrechen bestehender, starker Wirtschaftsstrukturen muss verhindert werden.

Dazu muss die Bundesregierung für bezahlbare Energiepreise sorgen. Die Preise für Strom und Gas haben sich nach den drastischen Preisspitzen infolge des russischen Überfalls auf die Ukraine mittlerweile wieder stabilisiert, liegen aber immer noch deutlich über dem Niveau der Vorkrisenzeit und dem Niveau vergleichbarer Wettbewerbsregionen.

Mit einer zunehmenden Elektrifizierung von Anlagen und Verfahren wächst gleichzeitig die Bedeutung der Strompreise sowie der weiteren Kostenbestandteile wie Netzentgelte, Umlagen und Abgaben sowie Kompensationsinstrumente beim CO₂-Preis für die Energiekosten. Insbesondere energieintensive Wirtschaftsbereiche in Deutschland stehen vor einem existenzbedrohenden Verlust an Wettbewerbsfähigkeit. Die Konkurrenz um industrielle und innovative Wertschöpfung ist groß. Mit dem Verlust der Wettbewerbsfähigkeit ist die einmalige Verbund-Logik zwischen den verschiedenen Wirtschaftsbereichen in Gefahr. So würde nicht nur der Wohlstand sinken – auch der souveräne Entscheidungsspielraum in der Entwicklung und Nutzung systemrelevanter Technologien wird immer geringer. Diese Souveränität auch auf europäischer Ebene beizubehalten und zu sichern ist wichtig, um auch im geopolitischen Umfeld zu bestehen. Aber auch Bereiche der Daseinsvorsorge und der sozialen Dienste brauchen Unterstützung. Standortschließungen und -verlagerungen sind in einigen Branchen bereits festzustellen. Private, gewerbliche, industrielle und öffentliche Stromverbraucher brauchen mehr Planbarkeit und Verlässlichkeit beim Strom- und Gaspreis sowie der Versorgungssicherheit. Dabei gilt: Langfristig wird es kostengünstige Energiepreise und eine zuverlässige Energieversorgung nur durch einen beschleunigten Ausbau der erneuerbaren Energien und der Stromnetze, die Schaffung einer Wasserstoffinfrastruktur (inklusive Speichern) und Wasserstoffproduktion sowie den Zubau von H₂-Ready-Kraftwerken geben, weshalb der weitere Ausbau und die Genehmigung priorisiert erfolgen müssen. Diese Maßnahmen sichern zudem die industrielle Produktion am Standort Deutschland und sichern viele hunderttausende tariflich und mitbestimmte Arbeitsplätze.

Darüber hinaus müssen folgende Maßnahmen ergriffen werden:

- a) Die Finanzierung der Energiewende muss umgestaltet werden. Bisher erfolgt sie überwiegend über die Umlage der Kosten auf die Energieverbraucher, was den Strompreis sehr stark belastet. Dabei sind insbesondere die künftigen Investitionskosten für den Stromnetzausbau ein Preistreiber, wenn diese wie bisher über die Netzentgelte finanziert werden. Hier braucht es eine zügige politische Lösung, die die Refinanzierung vom Strompreis entkoppelt.
- b) Ein international wettbewerbsfähiges Industriestrompreisniveau muss nachhaltig sichergestellt werden. Das Strompreispaket aus 2023 reicht dazu nicht aus. Ein weitergehender Mechanismus wie ein transformationskonditionierter Industriestrompreis angelehnt an den Klimaschutzverträgen, der längerfristig Planungssicherheit in der Transformation schafft, ist notwendig.
- c) Die Bundesregierung ist außerdem aufgefordert nach dem Auslaufen der allgemeinen Preisbremsen für alternative Wege der Preisdämpfung zugunsten aller Verbraucher*innen zu sorgen. Eine Entfristung der Absenkung der Strommehrwertsteuer auf das europäische Minimum für das produzierende Gewerbe und die Ausweitung der Absenkung für alle Verbraucher*innen wäre hierzu ein erster Schritt.
- d) Der Stromnetzausbau und ein Aufwuchs alternativer gesicherter Leistung müssen weiter mit höchster Priorität vorangetrieben werden. Die bislang vorgelegten Eckpunkte der Kraftwerksstrategie können nur ein Anfang sein, die dafür erforderlichen gesicherten Kapazitäten zu realisieren. Betrieben, die ihren Energieverbrauch auf (erneuerbaren) Strom umstellen wollen, muss der Zugang zu entsprechender Energieversorgung garantiert werden. Die Übernahme der Strommehrkosten des Betriebes von Hochwärmtemperaturwärmepumpen in Industriebetrieben (Transformationsstrompreis) wäre ein wichtiger Schritt – um bislang noch wärmegeführte KWK-Industriekraftwerke den Einsatz am Kapazitätsmarkt zu ermöglichen und kosteneffizient gesicherte Leistung den Kapazitätsmarkt zu zuführen und Flexibilisierungspotenziale in der industriellen Stromabnahme anzureizen.

Ausgeschlossen werden muss, dass es zu einer politisch forcierten Kappung des Stromverbrauchs auf Kosten von hochwertiger Wertschöpfung und Beschäftigung kommt.

- e) Die Anwendungsmöglichkeiten und die Wirtschaftlichkeit von CCUS-Technologien zu verbessern. In den energieintensiven Grundstoffindustrien stellen kaum vermeidbare bzw. prozessbedingte Emissionen eine große Herausforderung dar. Für diesen Anwendungsbereich braucht es die Förderung und die Genehmigung von Vorhaben zum Einsatz oder Entwicklung von CCU und CCS, soweit diese einen substantiellen Beitrag zur klimaneutralen Transformation der Industrie leisten können.

4.) Gute Lebensbedingungen und soziale Sicherheit garantieren!

4.1.) Kommunen und öffentliche Angebote vor Ort stärken

Öffentliche Investitionen braucht es nicht nur für eine zukunftsfähige Wirtschaft. Auch die Bevölkerung in Stadt und Land hat einen Anspruch auf gute öffentliche Angebote in der Nachbarschaft. Eine hoch entwickelte Industrie-, Dienstleistungs- und Wissenschaftsnation sollte weder eine vernachlässigte Schieneninfrastruktur noch mangelhafte Mobilfunkverbindungen, marode Schulen oder unzureichende Nahverkehrsverbindungen haben. Doch die Probleme sind riesig: Die KfW spricht allein für den Bereich der Schulen von einem Investitionsrückstand auf kommunaler Ebene von knapp 47,5 Milliarden Euro, im Bereich Sport sind es knapp 13 Milliarden Euro und bei der Feuerwehr 12 Milliarden Euro. Viele Kommunen sind kaum in der Lage, neben ihren Pflichtaufgaben auch freiwillige Angebote beispielsweise im Bereich Freizeit und Sport aufrechtzuerhalten. Wohnungsnot greift um sich: Jeder dritte Haushalt ist mit den Mietkosten überlastet und muss mehr als 30 Prozent seines Einkommens für die Wohnkosten aufwenden. 5,5 Millionen Menschen konnten im

vergangenen Jahr ihre Wohnung aus Kostengründen nicht ausreichend heizen. Bezahlbarer Wohnraum und eine saubere, sichere Umgebung mit guten und bezahlbaren öffentlichen Angeboten ist unabdingbar, steigert die Zufriedenheit in der Bevölkerung und stärkt die Demokratie.

a) Der Ausbau und die verlässliche Absicherung der öffentlichen und sozialen Dienstleistungen und Angebote der Daseinsvorsorge, wie z. B. ÖPNV, Bildung, Kulturangebote, Pflege, Gesundheit, Erziehung, soziale Arbeit, Energieversorgung, Wasserversorgung, Sicherheit u. v. m. in Stadt und Land ist eine zentrale Stellschraube, um gesellschaftliche Teilhabe sowie ein klimafreundliches Leben zu ermöglichen, gleichwertige Lebensverhältnisse herzustellen und wirtschaftliche Standorte zu sichern. Die Bereitstellung bezahlbarer und erreichbarer Daseinsvorsorge muss wieder zentrale Aufgabe des Staates werden. Enorme öffentliche Investitionen in die verschiedenen Bereiche sind nötig.

b) Für die Finanzierung der nötigen Klimaschutz- und Klimaanpassungsmaßnahmen vor Ort sollte eine neue Gemeinschaftsaufgabe im Art. 91a Abs. 1 GG eingerichtet werden. Durch die Gemeinschaftsaufgabe können Bund und Länder den Kommunen durch eine Mischfinanzierung ausreichend finanzielle Mittel zur Verfügung stellen. Klimaschutz und -anpassung sind gesamtgesellschaftliche Aufgaben, an deren Umsetzung alle Akteure mitwirken müssen, die Kommunen müssen aber einen wesentlichen Teil leisten.

c) Gutes Wohnen für Alle: Es ist den Menschen nicht zuzumuten, weite Strecken zu pendeln, weil die Mieten in den Städten zu hoch sind, um dort gut leben zu können. Bundesweit fehlen Schätzungen zufolge allein mindestens 700.000 preisgünstige Mietwohnungen. Die öffentliche Hand muss wieder mehr und langfristig in den sozialen und gemeinnützigen Wohnungsbau investieren. Die Kommunen müssen gestärkt werden, um selbst wieder aktiv Wohnungspolitik gestalten zu können. Gleichzeitig müssen die Gewinne aus dem Handel mit Immobilien abgeschöpft und wirksamere Mietpreisbegrenzungen eingeführt werden.

4.2.) Soziale Sicherheit stärken

Beschäftigte müssen gut abgesichert sein und bleiben, wenn sie arbeitslos werden oder wegen einer Erwerbsminderung kein Geld mehr verdienen können. Wenn die Menschen krank werden, müssen sie sich auf eine gute Behandlung vor Ort und in ihrer Region verlassen können. Kinder dürfen nicht in Armut aufwachsen. Im Alter brauchen Menschen eine Rente, die zum Leben reicht und den Lebensstandard weitgehend erhält. Die beste Basis dafür ist und bleibt die Solidargemeinschaft und unsere Sozialversicherungen. Der Sozialstaat schützt die Menschen auf solidarischer Basis. Die Rufe nach Kürzungen beim Sozialen verschärfen die Unsicherheit, verhindern Teilhabe an Arbeit und Gesellschaft und gehen in die völlig falsche Richtung. Gerade in einer sich verändernden Arbeitswelt und unsicheren Zeiten muss der Sozialstaat gestärkt, verbessert und gezielt ausgebaut werden. Nur im größtmöglichen Kollektiv und gemeinsam können wir die Zukunft gerecht meistern.

Der DGB weiß, was wichtig ist, damit alle gut versorgt sind und in Sicherheit leben können:

a) Das Rentenniveau muss stabilisiert und wieder angehoben werden. Außerdem müssen Menschen, die Jahrzehnte für geringe Löhne arbeiteten, trotzdem von ihrer Rente leben können. Die nach wie vor vorhandenen Kürzungen bei Erwerbsminderungsrenten müssen weg. Die Arbeitgeber müssen zudem ihrer Verantwortung für eine gute Alterssicherung der Beschäftigten gerecht werden und flächendeckend Betriebsrenten anbieten.

b) Egal wo, egal wann, egal mit welchen Beschwerden: Kurzfristige Arzttermine und eine gute Versorgung dürfen kein Lottogewinn sein. Außerdem muss das staatliche Ausplündern der Krankenkassen endlich ein Ende haben. Der Staat muss flächendeckend in gute Krankenhäuser investieren und für eine damit vernetzte gute Facharztversorgung sorgen. Der öffentliche Gesundheitsdienst muss gestärkt werden, damit gesundheitliche Defizite bei Kindern und Jugendlichen frühzeitig erkannt und Pandemien wirksam bekämpft werden können.

c) Pflegebedürftigkeit darf nicht arm machen. Deshalb brauchen wir endlich wieder eine staatliche Co-Finanzierung, um die Pflegeversicherung langfristig

und zukunftssicher auszugestalten. Die Pflegeversicherung muss zeitnah in die Lage versetzt werden, pflegebedürftige Menschen bedarfsgerecht so zu entlasten, dass sie dadurch nicht finanziell überfordert werden. Langfristig brauchen wir eine Pflegekasse für alle Bürger*innen.

- d) Das Schutzversprechen des Sozialstaates bei Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit muss erneuert und die Arbeitslosenversicherung krisenfest finanziert werden. Die arbeitgeberseitig geforderte Verkürzung des Bezugszeitraumes von Arbeitslosengeld für Ältere auf 12 Monate lehnen wir ab. Aktive Arbeitsmarktpolitik muss stärker als bisher zur Beschäftigungssicherung in der Transformation beitragen und zum Einsatz kommen, um den struktural betroffenen Arbeitnehmer*innen Sicherheit zu bieten. Für die mit dem Bürgergeldgesetz stark verbesserten Förderinstrumente für Arbeitslose müssen die Jobcenter ausreichende finanzielle Mittel erhalten, damit die neuen Potenziale zur Integration in Arbeit ausgeschöpft werden können.
- e) Deutschland braucht ein gutes, inklusives Bildungssystem, das Chancengleichheit ermöglicht, statt sie zu verhindern. Nur so kann langfristig Generationengerechtigkeit und soziale Sicherheit Realität werden. Darum fordern wir deutlich mehr Investitionen in das Bildungssystem, von der Kita, über die Schule, die Berufliche Bildung, bis hin in die Hochschulen und die Weiterbildung.
- f) Mit einer gut gemachten Kindergrundsicherung muss Kinderarmut, die Zukunfts- und Entwicklungschancen raubt, überwunden werden. Die Leistungen müssen einfach und bürgerfreundlich zugänglich sein, damit die finanzielle Hilfe auch bei allen Familien ankommt. Sie müssen so hoch sein, dass allen Kindern ein gutes Aufwachsen und mehr soziale Teilhabe möglich wird.
- g) Vor dem Hintergrund steigender CO₂-Preise, die insbesondere Gering- und Normalverdiener*innen treffen, müssen noch in dieser Legislaturperiode ein sozial gestaffeltes Klimageld und weitere Kompensationsmaßnahmen eingeführt werden, um einen Wiederanstieg der Inflationsrate zu verhindern, die regressive Verteilungswirkung durch marktbasiertere Klimaschutzinstrumente auszugleichen und vor

sozialen Härten zu schützen. Ohne verstärkte ordnungsrechtliche Maßnahmen und vor allem ohne massiv gesteigerte Investitionen in klimafreundliche Alternativen, wie dem Ausbau des ÖPNV oder in eine flächendeckende Ladesäuleninfrastruktur, laufen Instrumente wie die CO₂-Bepreisung, aber auch die avisierten Kompensationsmaßnahmen ins Leere.

5.) Jetzt nicht falsch abbiegen!

Die die Bundesregierung tragenden Parteien hatten in ihrem Koalitionsvertrag einen Pfad vorgezeichnet, der durchaus in die oben aufgezeigte Richtung führte: Ein „Jahrzehnt der Zukunftsinvestitionen“ wurde angekündigt und Möglichkeiten der Finanzierung aufgezeigt.

Doch die Effektivität vieler Regierungspläne wurde durchkreuzt: Die Mindestloohnerhöhung auf 12 Euro wurde von der – nicht vorhersehbaren – Inflationswelle neutralisiert. Das Haushaltsurteil des Bundesverfassungsgerichts hat einzelne von der Regierung gewählte Finanzierungswege unmöglich gemacht und lieferte denjenigen neue Vorwände, die fälschlicherweise behaupten, der Staat müsse „sparen“. Veraltete neoliberale Dogmen – von Sozialabbau über Deregulierung und Unternehmenssteuersenkungen bis zum Ruf nach Lohndrückerei – greifen wieder um sich.

Die Politik muss auf den Weg der Modernisierung zurückfinden. Die *DGB-Strategie: Starke Wirtschaft, starker Sozialstaat* zeigt, wie es auch heute unter neuen Rahmenbedingungen möglich ist, „mehr Fortschritt zu wagen“. Die Politik darf jetzt nicht die falsche Ausfahrt nehmen und jenen folgen, die mit Rezepten von Vorgestern die Herausforderungen von morgen bewältigen wollen:

- **Ein öffentlicher Kürzungskurs muss abgewendet werden – beim Bundeshaushalt 2025 und darüber hinaus!**

Er ist unnötig, wie die oben genannten Finanzierungsoptionen gezeigt haben. Er würde die schwache Konjunktur zusätzlich bremsen und Arbeitsplätze gefährden. Wir können uns einen Sparkurs oder das Ausspielen von Investitionen gegen Sozialausgaben

angesichts der beschriebenen Herausforderungen schlicht nicht leisten. Je stärker heute gespart wird, desto teurer kommt das unser Land in der Zukunft zu stehen. Ein Verschleppen von staatlichem Tafelsilber bringt nichts. Die oben beschriebene Ausnahme für „finanzielle Transaktionen“ im Rahmen der Schuldenbremse bedeutet im Umkehrschluss nämlich auch, dass Privatisierungen und Veräußerung von staatlichen Anteilen an Unternehmen keinen Beitrag zur Einhaltung der Schuldenbremse leisten können.

- **Keine unnötigen Steuergeschenke!**

Forderungen nach einer Abschaffung des Solidaritätszuschlags für Top-Verdienende oder nach Unternehmenssteuersenkungen mit dem Rasenmäher sind falsch. Ihre Umsetzung würde die staatliche Einnahmehasis weiter schwächen und käme vor allem Reichen und Aktionären zugute. Solche Maßnahmen bringen auch keine Investitionen, wie die Geschichte gezeigt hat: Seit den 1990er Jahren ist die Besteuerung der Unternehmensgewinne in Deutschland deutlich gesenkt worden. Die Investitionen der Unternehmen gingen, gemessen am Bruttoinlandsprodukt, trotzdem deutlich zurück. Investitionen müssen – wie oben gezeigt – zielgerichtet gefördert werden.

- **Wichtige Regeln nicht dem Subventionsabbau opfern!**

Manche Akteure fordern eine Abschaffung „umweltschädlicher Subventionen“, um finanzielle Spielräume zu schaffen. Dabei geraten allerdings schnell auch Maßnahmen ins Visier, die wichtigen sozialen und wirtschaftlichen Zielen dienen, wie der UBA-Subventionsbericht von 2018 gezeigt hat. Dieser Bericht bezog beispielsweise wichtige Förderungen, wie die Unterstützung des sozialen Wohnungsbaus und auch zwischenzeitlich abgeschaffte Regelungen mit ein und kam so auf ein unrealistisches Einsparvolumen von 65,4 Milliarden Euro. Tatsächlich braucht es eine Reform der einschlägigen Regeln hin zur Förderung der Transformation. Diese Reform wird auf absehbare Zeit jedoch keine nennenswerten finanziellen Spielräume schaffen.

- **Hände weg vom Sozialstaat und den Löhnen!**

Der Sozialstaat muss erhalten und ausgebaut, nicht abgebaut werden. Er ist ein erkämpfter Erfolg der Beschäftigten, Garant gesellschaftlicher Stabilität und finanzierbar. Seine Finanzierung darf nicht dem Finanzierungsbedarf in anderen Sektoren zum Opfer fallen. Eine Deckelung der Sozialabgaben bei 40 Prozent wäre eine reine Entlastung der Arbeitgeber. Die Beschäftigten würden damit zu zusätzlicher privater Vorsorge gezwungen und stärker belastet werden. Die Sozialausgaben sind im internationalen Vergleich moderat gewachsen, die Staatsquote weitgehend konstant.⁷ Auch bei den Lohnkosten brauchen die Unternehmen keine Entlastung. Die Löhne sind zuletzt zwar stärker gestiegen als in früheren Zeiten, aber weniger als die Verbraucherpreise. Die Lohnstückkosten sind nicht stärker gestiegen als in anderen Staaten. Insgesamt ist die deutsche Wirtschaft im internationalen Wettbewerb sehr erfolgreich, exportiert jedes Jahr deutlich mehr ins Ausland als importiert wird. Regelmäßig werden Rekordgewinne gemeldet, der Deutsche Aktienindex erreicht neue Höchstwerte.

- **Kein Abbau von Schutzrechten!**

Unter dem sympathischen Schlagwort „Bürokratieabbau“ versteckt sich oft der Ruf, nach wahllosem Abbau von Regeln und nach vermeintlicher Freiheit. Dem können auch Regeln zum Schutz der Beschäftigten zum Opfer fallen – wie die Diskussionen um die EU-Lieferketten-Richtlinie und um die Arbeitszeit zeigen. Selbst höhere Lohnkosten durch den Mindestlohn oder Ausgaben für mehr Ganztagschulen werden als „Erfüllungskosten“ bürokratischer Vorschriften dargestellt. Tatsächlich bringen eine flächendeckende Deregulierung und Marktliberalisierung keinen Fortschritt, sondern fördern Unsicherheit sowie neue soziale und ökologische Probleme. Wer Genehmigungsverfahren und Verwaltungsprozesse beschleunigen will, muss gezielt vorgehen, wie oben gezeigt.

⁷ [Die Mär vom ungebremst wachsenden deutschen Sozialstaat – Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung \(IMK\) in der Hans-Böckler-Stiftung \(imk-boeckler.de\)](#)

- **Der Markt allein löst die Probleme der Zukunft nicht.**

Ob Deregulierung, Senkung von Sozialabgaben oder Zurückdrängung des Staates durch einen Sparkurs – meist steht dahinter der Gedanke, einen freien, ungestörten Markt mit „entfesselten“ Unternehmen zu schaffen, der alles regeln soll. Doch das führt lediglich zu stärkerer Ungleichheit und zu ruinösem Wettbewerb. Der freie Markt bietet keine ausreichende Antwort auf eine erfolgreiche, gelenkte Industriepolitik in den USA, China oder anderen Staaten. Die Herausforderungen der Zukunft – allen voran die Dekarbonisierung – löst der Markt nicht von allein. Das gilt auch für den Markt mit CO₂-Zertifikaten: Der Gedanke, ein CO₂-Preis und der Handel entsprechender Zertifikate führe von selbst zu wünschenswerten Ergebnissen, ist abwegig. Die Lenkungswirkung eines steigenden CO₂-Preises ist begrenzt, da entsprechende klimafreundliche Alternativen für eine Verhaltensänderung fehlen und manche Investitionsentscheidungen – etwa zur Neuausrichtung von Produktionsverfahren – sehr teuer und langfristig ausgerichtet sind. Deshalb muss vielmehr massiv und gezielt in klimafreundliche Alternativen investiert werden, um klimafreundliches Verhalten und nachhaltiges Wirtschaften zu ermöglichen. Insbesondere ab 2026, wenn der CO₂-Preis für Verkehr und Wärme in einen freien Zertifikatehandel übergeht, droht eine enorme Preisexplosion. Dies erzeugt nicht nur enorme Investitionsunsicherheiten, sondern birgt auch ein massives Risiko, vermehrt Verbraucher*innen übermäßig zu belasten und so die gesellschaftliche Akzeptanz für Transformationsprozesse weiter auszuhöhlen.

DGB

**Deutscher
Gewerkschaftsbund**

IMPRESSUM

Kontaktperson:

Florian Moritz

Abteilungsleiter
Abteilung Wirtschafts-, Finanz-
und Steuerpolitik

Frederik Moch

Abteilungsleiter
Struktur-, Industrie- und
Dienstleistungspolitik

Deutscher Gewerkschaftsbund

Bundesvorstand
Keithstraße 1
10787 Berlin
Telefon: +49 30 24060 247

florian.moritz@dgb.de
frederik.moch@dgb.de
www.dgb.de/wirtschaftspolitik

Layout: Philip Esch

Stand: Mai 2024

Stark in Arbeit.